

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXXIII. Jahrgang, Nr. 3

März 1960

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Kräftiger Start der Bausaison — Anhaltend starkes Wachstum von Industrie, Export und Verkehr — 63.400 Beschäftigte mehr und 43.500 Arbeitslose weniger als im Vorjahr — Schwierige Lage im Kohlenbergbau trotz wachsendem Energiebedarf — Erhöhung der Bankrate und der Mindestreserven

Volkseinkommen — Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Landwirtschaft — Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Einzelhandelsumsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Kräftiger Start der Bausaison — Anhaltend starkes Wachstum von Industrie, Export und Verkehr — 63.400 Beschäftigte mehr und 43.500 Arbeitslose weniger als im Vorjahr — Schwierige Lage im Kohlenbergbau trotz wachsendem Energiebedarf — Erhöhung der Bankrate und der Mindestreserven

Die Oesterreichische Nationalbank hat Mitte März konjunkturdämpfende geld- und kreditpolitische Maßnahmen beschlossen. Die Bankrate wurde von 4 5/10 auf 5/10 erhöht und erreicht damit wieder den Stand der Jahre 1956 bis 1958. Gleichzeitig wurden die Kreditunternehmungen mit Einlagen von mehr als 10 Mill. S verpflichtet, 7/10 der Spareinlagen und 9/10 der Scheckeinlagen als Mindestreserven bei der Notenbank, dem Postsparkassenamt oder den Spitzeninstituten zu halten. Bisher hatten die Mindestreserven für alle Kreditunternehmungen und Einlageformen 5/10 betragen. Die geld- und kreditpolitischen Maßnahmen der Notenbank ergänzen die bereits früher ergriffenen finanzpolitischen Maßnahmen (vorläufige Sperre von Neuemissionen, ratenweise Freigabe der bereits bewilligten Kredite des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds) und bilden zusammen mit den Bemühungen der Paritätischen Preis-Lohn-Kommission Bestandteile eines konjunkturpolitischen Programms, das

durch rechtzeitige und dosierte Eingriffe Konjunkturübersteigerungen zu vermeiden sucht. Dazu gehören auch die noch ausstehenden Tarifkorrekturen der Bahn, die bereits im Voranschlag 1960 einkalkuliert worden sind und maßgeblich dazu beitragen sollen, das Defizit im Bundeshaushalt niedrig zu halten.

Die konjunkturdämpfenden Maßnahmen der Wirtschaftspolitik wurden in einer Phase zügigen Konjunkturaufschwunges getroffen, der in Teilbereichen der Wirtschaft bereits an die realen Grenzen (Mangel an Arbeitskräften und Produktionskapazitäten) stößt und Auftriebendenzen von Preisen und Löhnen nährt. Nach den jetzt verfügbaren Monatsdaten erreichen fast alle Zweige ungewöhnlich kräftige Wachstumsraten. Der Export war im Jänner 17/10, der Güterverkehr der Bundesbahnen 15/10 und die Industrieproduktion 10/10 höher als im Vorjahr. Die etwas schwächeren Ergebnisse im Einzelhandel haben zufällige Ursachen. Die hohe

wirtschaftliche Aktivität steigert Energieverbrauch und Importe und bewirkte eine frühzeitige Saisonbelegung auf dem Arbeitsmarkt. Reichliche Auslands- und Inlandsaufträge versprechen eine ausgezeichnete Frühjahrssaison.

Auf dem *Arbeitsmarkt* wurde der Saisontiefpunkt Ende Jänner erreicht. Im Februar stieg die Zahl der Beschäftigten bereits um 5.200 auf 2.176.200, obwohl es bis Monatsmitte empfindlich kalt war. In den beiden Jahren vorher waren im Februar 16.900 und 2.500 Arbeitskräfte entlassen worden. Gleichzeitig mit der Zunahme der Beschäftigung sank die Zahl der vorgemerkten Arbeitssuchenden um 10.100 (im Vorjahr nur um 1.500) auf 185.300. Der Rückgang war teilweise der Bauwirtschaft zu danken, die trotz dem ungünstigen Wetter bereits neue Arbeitskräfte aufnahm. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter sank um 4.500 und war um 12.700 niedriger als im Februar 1959. Auch der Arbeitsmarkt für die meisten übrigen Berufsgruppen, mit Ausnahme der Textil- und Bekleidungsarbeiter, entwickelte sich günstiger als im Vorjahr. Insgesamt gab es Ende Februar 63.400 Beschäftigte mehr und 41.100 Arbeitssuchende weniger als im Vorjahr. Die Rate der Arbeitslosigkeit betrug 7,8% gegen 9,7% Ende Februar 1959. In der ersten Märzhälfte sank die Zahl der Arbeitssuchenden um weitere 27.600 (im Vorjahr um 25.300) auf 157.600. Das Stellenangebot der Arbeitsämter übertraf mit 32.800 bereits den Höchststand vom Vorjahr.

In der *Industrie* hält der Konjunkturauftrieb unvermindert an. Nach den Rekordergebnissen vom Dezember sank zwar die Produktion je Arbeitstag im Jänner etwas stärker als saisonüblich. Sie war jedoch um fast 10% höher als im Vorjahr, obwohl auch im Jänner 1959 verhältnismäßig gute Ergebnisse erzielt worden waren. Die Mehrproduktion konnte mit einem nur 2% höheren Einsatz von Arbeitskräften bewältigt werden. Die Arbeitsproduktivität (Produktion je Beschäftigten) ist daher trotz Verkürzung der Arbeitszeit kräftig gestiegen. Der Aufschwung hat nahezu alle Zweige erfaßt. Von den 15 im Produktionsindex enthaltenen Industriezweigen erzielten 8 (Magnesitindustrie, Eisenhütten, Gießereien, Fahrzeugindustrie, Baustoffindustrie, Elektroindustrie, Leder- und Schuhindustrie, Textilindustrie) Produktionszuwächse um 10% und mehr und weitere 4 (Metallhütten, Maschinenindustrie, chemische Industrie, Papierindustrie) Produktionszuwächse bis zu 10%. Die Maschinenproduktion übertraf zum ersten Male seit Juli 1959 den Vorjahresstand. Nur Bergbau, Nahrungsmittelindu-

strie und Tabakindustrie erzeugten weniger als im Jänner 1959. Im Bergbau drückten die Struktur-schwierigkeiten der Kohlengruben und in der Nahrungsmittelindustrie die frühzeitige Beendigung der Zuckerkampagne die Produktion. Die kräftige Industriekonjunktur wird durch steigende Aufträge aus dem In- und Ausland gestützt. Das Ausfuhrvolumen der Industrie war im Jänner um 19% höher als im Vorjahr; Eisen und Stahl, Maschinen, Verkehrsmittel, Chemikalien und Kautschukwaren wurden um ein Drittel mehr exportiert. Die Inlandsaufträge waren im Jänner und Februar übersaisonmäßig hoch und können von vielen Unternehmen nicht mehr kurzfristig bewältigt werden. Für prompte Lieferung von Baumaterialien werden Überpreise geboten. Nach den Tendenzmeldungen der Unternehmen im Konjunkturtest des Institutes hat die Industrieproduktion auch im Februar und März beachtliche Zuwachsraten erreicht.

Die *Landwirtschaft* brachte im Jänner etwas mehr Getreide (Weizen +1%, Roggen +3%) und Milch (+1%) auf den Markt als im Vorjahr. Dagegen war die Fleischproduktion um 8% niedriger. Der Rückgang war jedoch vermutlich nur vorübergehend, denn im Februar und März wurde wieder mehr Schlachtvieh nach Wien geliefert. Die sinkenden Weltmarktpreise für Butter sowie der geringere Importbedarf Italiens und der Bundesrepublik Deutschland erschweren den Export der heimischen Überschüsse. Im Jänner wurden 430 t Butter exportiert, der Ausfuhrerlös sank von 31,16 S je kg auf 26,49 S.

Die Nachfrage nach *Energie* war im Jänner viel höher als im Vorjahr. Die größte Zuwachsrate hatte, wie schon seit geraumer Zeit, Erdgas (Förderung +39%, Verbrauch +44%). Bereits an zweiter Stelle kam bemerkenswerterweise die strukturell notleidende Kohle mit einer Absatzsteigerung um 20%. Alle Verbrauchergruppen, mit Ausnahme der Bundesbahnen, bezogen mehr, die Kokerei Linz, die Gaswerke und die Dampfkraftwerke sogar bedeutend mehr (29 bis 86%) mehr als im Vorjahr. Die Absatzsteigerung kam allerdings vorerst nur dem Ausland zugute. Heimische Kohle wurde annähernd gleich viel verkauft wie im Vorjahr. Der Stromverbrauch aus dem öffentlichen Versorgungsnetz war um 14% höher als im Jänner 1959. Da die Produktion trotz forciertem Einsatz der Dampfkraftwerke nur um 5% gesteigert werden konnte, mußte die Ausfuhr gedrosselt und die Einfuhr mehr als verdoppelt werden. Die Brennstoffvorräte der Dampfkraftwerke gingen weiter zurück, waren aber Ende Jänner noch immer viel höher als vor zwei Jahren.

Die Nachfrage nach Erdölprodukten wächst stetig. Dieselöl wurde um 9%, Benzin um 13%, Heizöl — nach vorläufigen Angaben — um 5% mehr abgesetzt als im Vorjahr. Im Gegensatz zur Kohle wurde der Mehrbedarf an Heizöl ausschließlich im Inland gedeckt. Die heimischen Raffinerien produzierten und verkauften über ein Drittel mehr Heizöl als im Vorjahr.

Der österreichische Kohlenbergbau ist seit Anfang 1958 in einer schwierigen Lage. Die zunehmende Konkurrenz des billigeren Heizöles und der Ausbau der Erdgasleitungen ließen den Absatz heimischer Braunkohle sinken und verschlechterten die Ertragslage der Gruben. Obschon der Rückschlag bisher nicht sehr bedeutend war — von 1957 bis 1959 wurden 1 000 Arbeitskräfte entlassen und die Förderung um 10% eingeschränkt — wirft er heikle wirtschaftliche und soziale Probleme auf. Das Stilllegen notleidender Gruben, die vielfach in industriearmen Gegenden liegen, würde die regionale Arbeitslosigkeit erhöhen. Die Umschichtung der Bergarbeiter in andere Berufe wird durch ihre hohen Löhne und bevorzugte Altersversorgung erschwert. Um die Gruben zu sanieren, fordert der österreichische Kohlenbergbau umfassende Schutzmaßnahmen und Subventionen. Der dem Ministerkomitee für Energiewirtschaftsfragen unterbreitete »Anpassungsplan« sieht u. a. vor: Einhebung des vollen Heizölzoll, Einführung einer Bergbauförderungsumlage auf elektrischen Strom, Erdgas, Importkohle und Importkoks, Ermäßigung und Stundung der Umsatzsteuer, Diskriminierung der Bahn-tarife zwischen Inlands- und Auslandskohle, Zuschüsse an die Gruben zwecks Finanzierung des Absatzes und der Haldenbestände, Umschichtung der Bergarbeiter in andere Berufe, Beschränkung der Einfuhr von Kohle und Heizöl, Verpflichtung der öffentlichen Hand zur bevorzugten Verwendung heimischer Braunkohle, forcierter Bau von Fernheizkraftwerken, bessere technische Verwertung der Kohle durch Brikettierung und Druckvergasung. Die Problematik dieser Vorschläge liegt darin, daß sie Strukturanpassungen möglichst zu vermeiden und den Kohlenbergbau in seinem gegenwärtigen Umfang auf Kosten der übrigen Wirtschaft zu erhalten suchen. Damit wird jedoch nicht nur der Grundsatz verletzt, die österreichische Wirtschaft möglichst billig mit Energie zu versorgen, sondern auch ein bedenkliches Präjudiz für ähnliche Strukturprobleme in anderen Wirtschaftszweigen geschaffen, die sich unvermeidlich im Zuge der europäischen Integration ergeben werden.

Nach der Weihnachtsspitze sanken die *Einzelhandelsumsätze* im Jänner annähernd saisongemäß um 49%. Verglichen mit Jänner 1959 wurde zwar nur um 1% mehr (mengenmäßig sogar um 1% weniger) verkauft, während die Zuwachsrate im Durchschnitt 1959 7% (mengenmäßig 5%) betragen hatte. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß im vorigen Jänner infolge einer größeren Zahl von Verkaufstagen und aus anderen Gründen besonders hohe Umsätze erzielt worden waren. Greift man auf den Jänner 1958 zurück, so war die (zweijährige) Zuwachsrate mit 11% fast so hoch wie im Zeitraum 1957/59 (+12%). Im einzelnen wurden um 5% weniger Einrichtungsgegenstände und Hausrat und um je 1% weniger Bekleidung und Tabakwaren verkauft als im Jänner 1959. Dagegen waren die Umsätze an Nahrungs- und Genußmitteln und an „sonstigen“ Waren um 2% und 3% höher. Die zunehmenden Masseneinkommen und die rege Kauflust der Konsumenten lassen erwarten, daß die Umsätze im Einzelhandel in den nächsten Monaten wieder stärker den Vorjahresstand übersteigen werden.

Der Aufschwung von Produktion und Außenhandel sowie die steigenden Masseneinkommen belebten den Güter- und Reiseverkehr. Die Gütertransporte der Bundesbahnen waren im Jänner um 15% höher als im Vorjahr. Im Binnen- und Exportverkehr ging zwar die Nachfrage nach Wagenraum etwas stärker als saisonüblich zurück, vor allem weil die Zuckerkampagne bereits Mitte Jänner, einen Monat früher als im Vorjahr, endete. Dagegen war der Import- und Transitverkehr übersaisonmäßig lebhaft. Die Transporte mit Schiffen wurden durch den niedrigen Wasserstand der Donau behindert. Im Personenverkehr verkauften die Bahnen um 19% mehr Fahrkarten und vollbrachten eine um 3% höhere Beförderungsleistung (in *n-t-km*) als im Vorjahr. Die Neuzulassungen an Personenkraftwagen waren mit 3 542 Stück um 15% höher. In *Fremdenverkehrs*betrieben übernachteten um 12% mehr Ausländer und um 7% mehr Inländer als im Vorjahr. Die Deviseneinnahmen erreichten 268,6 Mill. S (+34%), die Devisenausgaben 42,8 Mill. S (+27%).

Im Außenhandel setzte sich die Hochkonjunktur fort. Die *Ausfuhr* sank im Jänner um 403 Mill. S (17%) auf 1 954 Mill. S, schwächer als saisongemäß zu erwarten war. Verglichen mit Jänner 1959 wurde wertmäßig um 17% und volumenmäßig um 19% mehr exportiert. Eine ähnlich hohe Zuwachsrate war seit der ersten Hälfte 1957 nicht mehr erreicht worden. Aus den Jänner-Ergebnissen ragen beson-

ders die hohen Eisen- und Stahlexporte hervor. Sie waren mit 411 Mill. S um 44% höher als im Vorjahr und stellten 21% aller Exporte, gegen 17% im Durchschnitt 1959. 49% der Lieferungen gingen in die EWG, 11% in die EFTA, der Rest größtenteils nach Osteuropa. Die hohen Eisen- und Stahlexporte ließen den Anteil der Halbwaren zum ersten Male auf ein Drittel des Gesamtexportes steigen. Außer Halbwaren erzielten auch Fertigwaren gute Exportergebnisse (+18%). Dagegen wurden 14% weniger Nahrungsmittel und 3% weniger Rohstoffe ausgeführt als im Jänner 1959. Die Rohstoffausfuhr war wertmäßig mit 361 Mill. S die niedrigste seit Anfang 1954. Besonders Holz, Erdölzeugnisse, Zellwolle, Erze und Schrott wurden in verhältnismäßig geringen Mengen ausgeführt. Mit fortschreitender Saison werden sich die Rohwarenxporte voraussichtlich wieder stärker erholen.

Die *Einfuhr* ging ebenso wie die *Ausfuhr* um 17% zurück. Sie war mit 2 531 Mill. S wertmäßig um 17% und volumenmäßig um 18% höher als im Vorjahr. Gegen Dezember sank saisonbedingt am stärksten die Einfuhr von Fertigwaren (—21%). Nahrungsmittel, Rohstoffe und Halbfertigwaren wurden um 12%, 14% und 16% weniger eingeführt. Der Einfuhrüberschuß war im Jänner mit 577 Mill. S etwas niedriger als im Dezember (686 Mill. S), überschritt aber um 87 Mill. S den Vorjahresstand. Infolge des hohen Einfuhrüberschusses sanken die Nettobestände der Notenbank an Gold und Devisen um 472 Mill. S.

Der *Preis*auftrieb hat zu Jahresbeginn zum Teil saisonbedingt nachgelassen. Der Verbraucherpreisindex (für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte) stieg von Mitte Jänner bis Mitte Februar um 0,1% auf 102,2 (Durchschnitt 1958 = 100). Im einzelnen wurden Obst, Gemüse, Kartoffeln, Bettzeug und Ofen teurer, Eier und Kaffee dagegen billiger. Der Großhandelspreisindex sank im gleichen Zeitraum um 0,2% auf 88,3 (März 1938 = 100), wobei sowohl Nahrungsmittel als auch Industriestoffe etwas billiger wurden. Verglichen mit Februar 1959 waren Verbraucherpreise und Großhandelspreise um 2,9% und 0,7% höher. Die Paritätische Preis-Lohn-Kommission stimmte im Februar Preiserhöhungen von Band- und Flechtwaren, Meßgeräten, Gummwaren sowie einigen anderen Industriewaren zu.

Die *Lohn*bewegung setzte sich fort. Die Arbeiter in der Ledererzeugenden Industrie, im Schuhmacher-gewerbe, in den gewerblichen Kürschnereien und im Vulkanisierergewerbe erhielten höhere Mindestlöhne, die Chemiarbeiter und die Arbeiter in einigen anderen Branchen geringerer Bedeutung höhere

Weihnachts- und Urlaubszuschüsse. Für die Angestellten in der Bekleidungsindustrie und bei den Rechtsanwälten wurden höhere Mindestgrundgehälter vereinbart. Über die Lohnforderungen der Bauarbeiter, die seit einiger Zeit im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Diskussion stehen, wird in einer Urabstimmung der Bauarbeiter entschieden werden. Die Wochenverdienste der Wiener Arbeiter waren im Durchschnitt der Monate Dezember und Jänner um 6,4% und die Stundenverdienste um 8,3% höher als im Vorjahr (Bruttoverdienste ohne einmalige Zulagen).

Die saisonübliche Entspannung des *Geldmarktes* blieb Anfang 1960 aus. Obwohl nach Weihnachten besonders viel Bargeld in das Kreditsystem zurückströmte, stiegen im Jänner die Nettoguthaben der Kreditunternehmungen bei der Notenbank nur um 56 Mill. S und sanken im Februar bereits wieder um 175 Mill. S. Im Vorjahr hatten sie in beiden Monaten um 816 Mill. S und 384 Mill. S zugenommen. Der saisonwidrige Liquiditätsabbau erklärt sich aus den Devisenabgaben der Notenbank und der Ausweitung des Kreditvolumens. Die Kreditunternehmungen gewährten im Jänner 488 Mill. S zusätzliche kommerzielle Kredite (im Vorjahr 421 Mill. S) und übernahmen größere Emissionen von Schatzscheinen. Das gesamte Geldvolumen sank im Jänner um 971 Mill. S, gegen 503 Mill. S im Vorjahr.

Wie bereits eingangs erwähnt, hat die Notenbank Mitte März aus konjunkturpolitischen Erwägungen die Bankrate hinaufgesetzt und den Kreditunternehmungen die Haltung größerer Mindestreserven vorgeschrieben. Die Diskonterhöhung verteuert automatisch den Großteil der Bankkredite, deren Kosten an die Bankrate gebunden sind. Die freien Zinssätze werden voraussichtlich den gebundenen folgen. Wie stark die an sich nur mäßige Kreditverteuerung Angebot und Nachfrage auf den Kreditmärkten beeinflussen wird, läßt sich nur schwer beurteilen. Heftige Reaktionen sind jedoch aus verschiedenen Gründen kaum zu erwarten. Die Kreditunternehmungen sind derzeit nicht auf den Rediskont bei der Notenbank angewiesen und können daher zunächst dessen Kosten vernachlässigen. Die zumeist mittelfristigen Investitionen der erwerbswirtschaftlichen Betriebe werden größtenteils aus Gewinnen finanziert und hängen mehr von den Konjunkturerwartungen und steuerlichen Erwägungen als von den Kosten kurz- und mittelfristiger Kredite ab, die häufig zur Zwischenfinanzierung herangezogen werden. Auch darf nicht übersehen werden, daß die Wirtschaft gegenwärtig noch ziem-

lich flüssig ist und eine Verteuerung und Verknappung des Kredites zumindest teilweise durch Rationalisierung der Kassenhaltung wettmachen kann. Die Bankratenerhöhung ist aber ein Warnungszeichen, das von der Wirtschaft um so stärker beachtet werden wird, je mehr die Währungsbehörden auch sonst ihre Entschlossenheit bekunden, eine übermäßige Ausweitung der kaufkräftigen Nachfrage zu verhindern.

Mit einer Bankrate von 5% zählt Österreich zu den westeuropäischen Ländern mit relativ hohen Zinssätzen, ragt aber nicht aus der westeuropäischen Zinsstruktur heraus. Abgesehen von Entwicklungsländern mit ständigem Inflationsdruck, wie Griechenland, Finnland und die Türkei, haben Dänemark, Großbritannien und Schweden gleich hohe oder höhere Bankraten als Österreich. In den Ländern der EWG liegen die offiziellen Diskontsätze zwischen 3 $\frac{1}{2}$ und 4%. Nur die Schweiz und Portugal haben besonders niedrige Zinssätze (2% und 2 $\frac{1}{2}$ %). Die Spanne zwischen den heimischen und den ausländischen Zinssätzen ist im allgemeinen nicht so groß, daß das Einströmen umfangreicher ausländischer Gelder begünstigt und damit der beabsichtigten Liquiditätsverknappung entgegenwirkt würde. Außerdem ist zu erwarten, daß die Tendenz steigender Zinssätze in Westeuropa anhalten wird.

Praktisch von größerer Bedeutung als die Verteuerung der Kreditkosten ist die Erhöhung der

Mindestreserven Die Kreditunternehmungen verwalten gegenwärtig etwa 50 Mrd. S Spar- und Scheckeinlagen. Von dieser Einlagensumme mußten sie nach den bisherigen Bestimmungen 5%, also 2,5 Mrd. S, unmittelbar oder mittelbar (über ihre Spitzeninstitute) in Form von Nationalbank-Giroguthaben oder Schatzscheinen halten. Die Erhöhung der Sätze auf 9% für Scheckeinlagen und 7% für Spareinlagen bindet zusätzlich 1,2 Mrd. S flüssige Mittel. Zwar ist, global gesehen, die Liquidität des Kreditapparates noch größer als die Pflichtreserven nach den neuen Bestimmungen. Ende Februar hatten die Kreditunternehmungen 3,4 Mrd. S freie Giroguthaben bei der Notenbank. Außerdem verfügen sie über 2 Mrd. S eskontfähige Schatzscheine und über größere Bestände an Handelswechsel, die zum Teil mit Refinanzierungszusagen der Notenbank ausgestattet sind. Die Einengung des Liquiditätsspielraumes legt jedoch den Instituten eine vorsichtige Veranlagungspolitik nahe, zumal einzelne Gruppen bereits jetzt ihre Liquiditätsreserven auffüllen müssen. Dadurch wird nicht nur einer übermäßigen Ausweitung des kommerziellen Kreditvolumens vorgebeugt, sondern auch der Absatz von Wertpapieren erschwert und die Emissionskontrolle durch die Finanzpolitik unterstützt¹⁾

¹⁾ 1959 hatten die Kreditunternehmungen infolge ihrer hohen Flüssigkeit 11 Mrd. S Schatzscheine und 21 Mrd. S Wertpapiere erworben. Die Wertpapierkäufe entsprachen 44% der Neuemissionen.